

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/46

Bonn, den 7. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Leipzig - das große Schaufenster	73

Von Walter Hamm

3	Alarm in Schleswig-Holstein Bauernhöfe gehen in Konkurs	47
---	--	----

4	"Straßenschmerzen" auch in der Tschechoslowakei Autobahn kann das Verkehrsproblem allein nicht lösen Von Igor Valentin, Prag	47
---	--	----

SELBSTBESTIMMUNG UND BEINGLIEDERUNG bringt heute:

Standfest und elastisch
Die ethischen Prinzipien beachten
HASENCHERL in sein Amt eingeführt
Ein neues Volksgruppenrecht erarbeiten
Traktandenliste für Gespräch SPD - Sudetendeutsche
Die Liebe zum eigenen Volk in der Friedensordnung der Völker
Mit dem "Biberpelz" auf Tournee in den USA
Rumänien größter Aussteller in München

Leipzig - das große Schaufenster

Von Walter Ramm

"Auch Leipzig ist eine Messe wert!" Mit diesen Worten hat Wirtschafteminister Professor Schillier auf die Bedeutung der Leipziger Messe aufmerksam gemacht. Wenn im geteilten Deutschland die gegenseitigen Beziehungen auf ein Minimum reduziert und die menschlichen Berührungspunkte damit rationiert worden sind, so bietet die Messestadt Leipzig zweimal im Jahr, im Frühjahr und Herbst, Gelegenheit, daß Kaufleute und Interessenten fast ungehindert miteinander sprechen können. Schon diese Gespräche sind "eine Messe wert".

Aber der Sinn dieser weitweiten Mustermesse liegt, für Veranstalter wie für die Besucher, vor allem im wirtschaftlichen Effekt. Mit der wachsenden Wirtschaftskraft der "DDR" und anderer Länder Osteuropas wächst gleichzeitig das Interesse entwickelter Industriestaaten des Westens, wie auch der Staaten des Entwicklungsblocks am Messegeschäft.

Leipzig, seit Jahrhunderten der ideale Umschlagplatz für Waren aus dem Westen wie dem Osten, hat seine Mittlerrolle auch unter völlig veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht nur nicht beibehalten; man hat es verstanden, diese Mittlerrolle weiter auszubauen und zu intensivieren. Damit wird Leipzig auch unter veränderten politischen Bedingungen einem echten Bedürfnis gerecht, wirtschaftlicher Mittler zwischen Ost und West sein.

Nachdem in diesen Tagen die Tore zur Frühjahrsmesse 1967 geöffnet worden sind und Aussteller aus 70 Ländern, mit 10 330 Ausstellern in den 17 Messehäusern der Innenstadt und den Hallen auf dem Gelände der technischen Messe, ihre Waren anbieten, muß registriert werden, daß die Ausstellungsfläche erweitert worden ist. Gegenüber 1966 sind einige tausend Quadratmeter neue Ausstellungsflächen hinzugekommen, so daß jetzt über 355 000 Quadratmeter zur Verfügung stehen.

Die "DDR" ist in allen 60 aufgeführten Messebranchen vertreten, ein Zeichen, daß ihre Wirtschaft den breiten Fächer wichtiger Industriewaren und Handwerkerzeugnisse anpreisen kann. Das Angebot der "DDR-Wirtschaft" umfaßt etwa 130 000 "Qualitätsexponate", wie der offizielle Ausdruck für die Messегüter lautet. Die Steigerung der Wirtschaftskraft dieses Raumes sollte richtig bewertet werden, weil die Bevölkerung unter schwierigsten Bedingungen die Voraussetzungen für den wirtschaftli-

chen Aufschwung geschaffen hat. Unter großen Entbehrungen und Opfern hat sich eine Industriemacht durchgebissen, die an zehnter Stelle der Industrieländer rangiert. Die fast totalen Demontagen, die Stopppreise zum Stand von 1939, die bis etwa 1956 Gültigkeit hatten und zu großen Handelsverlusten führten, die Kreditlücken, die fehlenden Roh- und Halbfertigfabrikate, sowie fehlende Investitionsgüter, sind nur ein Teil der aufgetretenen Schwierigkeiten nach 1945. Wenn die Lücken auch noch nicht völlig geschlossen werden konnten und noch viele Investitionsgüter zur Modernisierung der Betriebe fehlen, so darf mit Sicherheit angenommen werden, daß in absehbarer Zeit die Wirtschaft der "DDR" den Anschluß an die westlichen Industriestaaten weiterhin anstreben wird.

Die Wirtschaftskraft der "DDR" drückt sich auch in den steigenden Außenhandelsumsätzen aus. 1966 betrug der Außenhandelsumsatz ca. 26,5 Milliarden Valutamark. In diesem Jahr soll er um sieben Prozent gesteigert werden. Die Steigerung ist jedoch nur möglich, wenn die Industrieproduktion weiterhin kontinuierlich ansteigt. Für das Jahr 1967 ist für die industrielle Warenproduktion eine Steigerungsrate von sechs Prozent veranschlagt worden. 70 Prozent des Außenhandelsumsatzes der "DDR" wird mit kommunistisch regierten Ländern abgewickelt, wobei der Gesamthandel mit der Sowjetunion für 1967, mit ca. 11 700 Milliarden Valutamark angesetzt wird.

Bekanntlich dient ein langfristiges Handelsabkommen, das über 60 Milliarden Valutamark mit der Sowjetunion abgeschlossen worden ist, als Handelsgrundlage. Dieses Abkommen hatte bei uns Anlaß zu heftiger Kritik gegeben.

Das Handelsvolumen mit der Bundesrepublik, das durch verschiedene Restriktionen zunächst nur bedingt ausgeweitet werden kann, betrug 1965 zwischen beiden Währungsgebieten insgesamt 2,9 Milliarden Verrechnungseinheiten. Das ist ein Plus von 20 Prozent gegenüber 1966. Die Lieferungen aus der Bundesrepublik stiegen im gleichen Zeitraum um rund ein Drittel, auf 1,6 Milliarden Einheiten, während die Lieferungen aus der "DDR" nahezu unverändert blieben.

Minister B a l k o w kritisierte in seiner Eröffnungsrede in Leipzig die Handelsbeziehungen zwischen der BRD und der "DDR". Er monierte, daß die Widerrufsklausel der Bundesregierung den Handel behindere und daß die "Kontingentierung und die Wertbegrenzung" durch die Bundesregierung den Handel erschwere. Balkow ging allerdings nicht auf die eigenen Versäumnisse in dieser Hinsicht ein.

Alarm in Schleswig-Holstein

Bauernhöfe gehen in Konkurs

sp - Die Politik der schleswig-holsteinischen CDU war seit 1950 fast ausschließlich auf die Landwirtschaft ausgerichtet; auf dem Lande mit massierter Bauernschaft hatte sie ihre stärksten Wahlkreise. Trotzdem offenbart sich jetzt, daß die Subventionspolitik für das Bauerntum nicht dazu geführt hat, die Landwirtschaft EWG-fit zu machen und gegen Krisen abzusichern.

Obgleich in Schleswig-Holstein die Höfe-Struktur nach dem EWG-Stand am ehesten erreicht worden ist, tritt jetzt ein, was bisher niemand zu glauben vermochte: Die SPD und vor allem der Oppositionsführer im Kieler Landtag, **Steffen**, muß der Landwirtschaft zunehmend Wahrheiten sagen, die die CDU verschwiegen hat.

Die ersten Konkurse seit 30 Jahren haben in Schleswig-Holstein stattgefunden. Zwangsversteigerungen fanden statt. Die Bauern zogen mit schwarzen Fahnen über die Straßen, so wie es Anfang der 30-iger Jahre Klaus Heim getan hatte. Nur fehlten diesmal noch die Bomben auf die Finanzämter. Das Landwirtschaftsministerium in Kiel versucht zu bagatellisieren, was eintreten wird. Aber der Verband der buchführenden Bauern hat errechnet, daß nur zwölf Prozent der buchführenden Betriebe an der Westküste Schleswig-Holsteins über ein Guthaben verfügen. Demgegenüber sind mehr als 31 Prozent aller Höfe mit mehr als 2 000 DM je Hektar verschuldet. Solche Feststellungen sind für die CDU Schleswig-Holsteins bittere Medizin.

Kein Wunder, daß Steffen dieser Tage erklärte: "Die wirtschaftliche Rezession hat die Strukturkrise in Schleswig-Holsteins Landwirtschaft gnadenlos aufgedeckt". Auf einer großen Bauernversammlung in Burg auf Fehmarn sagte Steffen den Landwirten: Den im Rentenalter stehenden Landwirten muß der Abgang vom Hof leichtgemacht werden, damit deren Söhne schneller zum modernen Hofbewirtschaftung kommen. Eine Herabsetzung des Ruhestandsalters und eine staatliche Förderung der Alterssicherung der Bauern ist erforderlich. Ferner geht es darum, einen landeseigenen Grundstücksfonds zu bilden. Die Regierung in Kiel muß freiwerdende Flächen aufkaufen und damit die Höfe sanieren, daß sie größer und gesünder werden. Schließlich ist eine unabhängige Kommission zu bilden, die zu untersuchen hätte, welche Betriebe unverschuldet in Not geraten sind. Diesen Höfen ist bei Zwang zur weitergehenden Modernisierung so zu helfen, daß die Zwangsversteigerungswelle in Schleswig-Holstein nicht eintritt.

In Schleswig-Holstein standen in der Landwirtschaft 1950 rund 232 000 Beschäftigte. Heute sind es 116 000. Die Zahl der Erwerbstätigen ist in den letzten 17 Jahren, bezogen auf die Landwirtschaft, von 27 Prozent auf elf Prozent zurückgefallen. 1980 werden in Schleswig-Holstein nur noch 75 000 Menschen auf den Höfen arbeiten. Vor diesem Hintergrund hat Steffen einer künftigen "Bodenutzungs politik" das Wort geredet. Es kommt jetzt nicht mehr darauf an, "Gesundbeterci zu betreiben und planlos Milliarden über die Höfe zu verkleckern". Es kommt jetzt darauf an, den Bauern den Durchbruch zum EWG-Markt zu ermöglichen.

"Straßenschmerzen" auch in der Tschechoslowakei

Autobahn kann das Verkehrsproblem allein nicht lösen

Von Igor Valentin, Prag

Unter dem Titel "Straßenschmerzen" brachte die Prager "Volkszeitung" einen ausführlichen Bericht zu der derzeit in der Tschechoslowakei im Gang befindlichen Diskussion, wie man den Zustand des Straßennetzes ändern könnte, der laut "Volkszeitung" im Vergleich zu den übrigen europäischen Ländern "wirklich recht kritisch" sei. Der einzige Ausweg sei eine radikale und vor allem schnelle Lösung, wobei der geplante Bau einer Autobahn von Prag nach Preßburg allein das gesamte Verkehrsproblem nicht zu lösen vermöge.

Für den Bau der Autobahn liegt inzwischen die Regierungsermächtigung zum Beginn des ersten Abschnittes von Prag über Iglau nach Brünn vor. Danach soll bis zum Jahre 1970 die Trasse in einer Länge von 41 km vom Prager Stadtrand nach Mirošowitz mit einer Abzweigung bis Benešchau (zum Anschluß nach Budweis) fertiggestellt werden. Dabei werden auch die Militärbauten eingeschaltet, die sowohl die ersten 11 km dieser Trasse als auch die 3 km lange Verbindung von der neuen Brücke über das Nusler Tal in Prag bis zum Beginn der Autobahn in Prag-Sporilow errichten werden. Beim weiteren Bau der Autobahn wird auch ein 10 km langes Straßenstück einbezogen, das von 1938 bis 1940 gebaut wurde; diese 10 km müssen allerdings rekonstruiert und auch die Brücken erweitert werden, da dieses damalige "erste Autobahnstück" den heutigen Verkehrsanforderungen nicht mehr genügt.

Die Straßen in der Tschechoslowakei sind fast in ihrer ganzen Länge von 72 856 km nur für einen niedrigeren Achsendruck (8 Tonnen) und für kleinere Geschwindigkeiten gebaut und entsprechen dadurch den heutigen Anforderungen nur unzureichend. Der Qualität nach gehören nur 12 Prozent zur ersten Klasse, 24 Prozent zur zweiten Klasse und weit über die Hälfte, nämlich 64 Prozent, zur dritten Klasse. Die Straßen erster Klasse sind bis neun Meter breit, die übrigen zumeist nur sechs Meter. Dazu kommt noch, daß die Straßen von (wie die "Volkszeitung" ausdrückt) "untragbar vielen" Eisenbahnkreuzungen unterbrochen werden.

Bedenklich für die Bewältigung des Straßenverkehrs ist ferner, daß sich die Zahl der Straßenabschnitte mehrt, die der wachsenden Verkehrsdichte nicht gewachsen sind. 1949 gab es in der Tschechoslowakei keinen Straßenabschnitt mit einer höheren Intensität als 5 000 Fahrzeuge binnen 24 Stunden. 1959 wurden bereits 105 km solcher Abschnitte registriert, 1964 war ihre Länge schon auf 235 km gewachsen und sie wächst seit dem Vorjahr ständig. Nur etwa 30 Prozent der Straßen sind noch der gegenwärtigen Verkehrsbelastung gewachsen, die Tragfähigkeit der Fahrbahnen geht immer weiter zurück. Wenn der Verkehr weiter so zunimmt, werden laut "Volkszeitung" 1970 nur noch 12 Prozent der Straßen decken der Belastung entsprechen, falls sie nicht verstärkt werden.

Die Beseitigung der Frühjahrsschäden an den Straßendecken hat 1963 rund 262 Millionen Kronen gekostet, 1965 waren es bereits 1 351 Millionen. Weitere Engpässe entstehen durch den Mangel an Arbeitskräften und durch die starke Abnutzung des Maschinenparks. Man rechnet in Prag damit, daß die Modernisierung der Straßen in der Tschechoslowakei in Zukunft 45 Milliarden Kronen erfordern wird.